

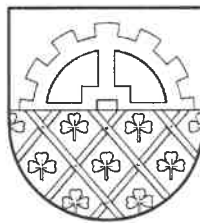
D i e n s t a n w e i s u n g (D A)

der

Stadtverwaltung Glinde für die

budgetorientierte Haushaltsaufstellung und -ausführung

nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung



10.01

1 Grundlagen der budgetorientierten Haushaltswirtschaft

1.1 Gesetzliche Grundlagen und dienstrechtliche Vorschriften

- (1) Für die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans gelten die Vorschriften der Gemeindeordnung und die der Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik sowie die ergänzenden Verwaltungsvorschriften.
- (2) Insbesondere sind in diesem Zusammenhang die Dienstanweisungen der Stadt Glinde
 - über die Beschreibung von Produkten im Haushalt
 - für das Anordnungswesen und die Finanzbuchhaltungzu beachten.

1.2 Planungsgrundlagen und Struktur

- (1) Der Haushalt der Stadt Glinde gliedert sich nach Organisationsbereichen, orientiert sich hierbei an den wahrgenommenen Aufgaben und wird in Amts- und Sonderbudgets unterteilt.
- (2) Das Amtsbudget 10 – Allgemeine Deckungsmittel dient zur Finanzierung von sämtlichen Amtsbudgets und stellt somit ein Sonderbudget dar – geplant und bewirtschaftet durch das Amt für Finanzen und Zentrale Dienste.
- (3) Der Organisationsstruktur folgend, wurden folgende Amtsbudgets gebildet:
 - Amtsbudget 11 – Amt für Finanzen und Zentrale Dienste
 - Amtsbudget 12 – Amt für Bürgerservice
 - Amtsbudget 13 – Bauamt
 - Amtsbudget 14 – Gemeindeorgane
 - Amtsbudget 15 – Gleichstellungsbeauftragte
 - Amtsbudget 16 – Personalrat
- (4) Die Amtsbudgets 14 – 16 stellen ämterunabhängige Budgets dar und gelten als Sonderbudgets.
- (5) Innerhalb der Amts-/Sonderbudgets erfolgt eine Unterteilung (Hierarchieebenen) in
 - Bereichsbudget
 - Budgetgruppe und
 - Einzelbudget.
- (6) Die Einzelbudgets stellen die Produkte dar und werden in Teilplänen ausgewiesen.
 - Teilergebnisplan (Erträge und Aufwendungen)
 - Teilfinanzplan (Ein- und Auszahlungen)
- (7) Die Planung erfolgt auf Ebene der Einzelbudgets in Rahmen der Teilergebnispläne und bildet aggregiert auf Bereichsbudgetebene die Budgetvorgaben ab.

1.3 Verantwortung

- (1) Die Budgetverantwortung obliegt
 - für die jeweiligen Amtsbudgets den mittelbewirtschafteten Amtsleitungen
 - für die Sonderbudgets den zuständigen Stellen.
- (2) Die Budgetverantwortung kann auf die einzelnen Hierarchieebenen delegiert werden. Die Zuständigkeiten sind in der Anlage 1 zu dieser Dienstanweisung festzuhalten.
- (3) Die Budgetverantwortung bezieht sich auf
 - Beachtung und Einhaltung der haushaltsrechtlichen Vorschriften und die, in diesem Zusammenhang stehenden, Dienstanweisungen
 - Ermittlung von realistischen Planansätzen
 - Beachtung der Beschlüsse der Stadtvertretung

2 Haushaltsaufstellungsverfahren

2.1 Zeitschiene

- | | |
|--------------------|--|
| (1) Februar – März | voraussichtliche Personalkostenverteilung / -aufteilung für das Planjahr |
| (2) April – Mai | Ermittlung der feststehenden / nicht beeinflussbaren Aufwendungen und Erträge sowie der Allgemeinen Deckungsmittel durch die jeweiligen Budgetverantwortlichen |
| (3) Juni – Juli | Erarbeitung und Festlegung der Budgetvorgaben durch das Amt für Finanzen und Zentrale Dienste |
| (4) Juli-August | Erstellung Haushaltsvorlagen (ggf. zusätzliche Mittelanforderungen); Investitionsplanung |
| (5) September | Beratung und Beschlussfassung über die Festsetzung der Budgets; Entscheidung über zusätzliche Mittelanforderungen in den zuständigen Fachausschüssen / Bürgermeister |
| (6) Oktober | Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes unter Berücksichtigung des Haushaltserlasses durch das Amt für Finanzen und Zentrale Dienste; Beratung im Finanzausschuss |
| (7) November | Beratung und Beschlussempfehlung durch den Finanzausschuss; sofern unterschiedliche Auffassungen vorherrschen Weiterleitung an den Hauptausschuss |
| (8) Dezember | Verabschiedung der Haushaltssatzung durch die Stadtvertretung |

Die zeitlichen Angaben können auf Grund der vorgegebenen Sitzungstermine für einzelne Haushaltsjahre variieren und bilden einen Rahmen ab.

2.2 Vorläufige Budgetfestsetzung

- (1) Auf Basis der Mai-Steuerschätzung des aktuellen Jahres und unter Berücksichtigung der Entwicklung der Gemeindesteuern werden durch das Amt für Finanzen und Zentrale Dienste die Allgemeinen Deckungsmittel ermittelt.
- (2) Unter Berücksichtigung dieses Rahmens, der politischen Zielsetzung, der bisherigen Höhe der Budgets, sich abzeichnender unabweisbarer größerer Veränderungen und geplanter bzw. bereits beschlossener Veränderungen bereitet das Amt für Finanzen und Zentrale Dienste in Zusammenarbeit mit den Budgetverantwortlichen einen Vorschlag dafür vor, wie die zur Verfügung stehenden Mittel auf die Budgets verteilt werden sollen.
- (3) Für die Budgetgruppe 1322 – Bebaute Grundstücke – gilt, dass der Gesamtbetrag der von den Nutzern zu erstattenden Betriebskosten für die Gebäude festgesetzt wird. Die Nutzer haben die, auf die jeweiligen Einzelbudgets, aufgeteilten Betriebskosten bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfes zu berücksichtigen. Sofern sich auf Grund der Beratungen im Bauausschuss Veränderungen bei den Betriebskosten für die Gebäude ergeben, werden diese vom Amt für Finanzen und Zentrale Dienste bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfes berücksichtigt.
- (4) Auf dieser Basis wird die Budgethöhe für die einzelnen Bereiche verbindlich festgelegt.

3 Budgetbewirtschaftung

3.1 Budgetgarantie, -disziplin und -solidarität

- (1) Die Budgetverantwortlichen führen die in ihrer Verantwortung fallenden Budgets im Rahmen dieser Dienstanweisung, den haushaltsrechtlichen Bestimmungen und der Zuständigkeitsregeln der Gemeindeordnung in Verbindung mit der Hauptsatzung der Stadt Glinde aus.
- (2) Um der Verantwortung gerecht zu werden, ist eine Änderung der genehmigten Budgets nur in Ausnahmefällen möglich, bspw.
 - der Haushaltsausgleich nicht erreicht wird bzw.
 - ein in der Haushaltssatzung ausgewiesener Fehlbetrag sich gravierend erhöht
- (3) Die Vorgaben und Ziele (bspw. Beschlüsse, vertragliche Vereinbarungen) sind umzusetzen.
- (4) Die Budgets sind einzuhalten.
- (5) Soweit im Haushalt keine eindeutigen Leistungsvorgaben oder Zweckbindungen enthalten sind, sind die Mittel entsprechend der Produktinformation bzw. der im Rahmen des Aufstellungsverfahrens getroffenen Beschlüsse zu verwenden.
- (6) Die Planung und Ausführung der Budgets können mit Risiken behaftete sein. Dieses Budgetrisiko tragen die Budgetverantwortlichen. Sie sind verpflichtet, negative und von der ursprünglichen Planung abweichende Veränderungen innerhalb des Budgets auszugleichen (Aufwendungen, die für die Leistungserstellung nicht zwingend erforderlich sind, sind kritisch zu hinterfragen und nach Möglichkeit zu vermeiden).
- (7) Entsprechende Abweichungen / Änderungen eines Einzelbudgets innerhalb des Bereichsbudgets stellen keine überplanmäßigen Aufwendungen dar. Die Verschiebung dieser Ermächtigungen ist auf einem Antrag zu überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen zu dokumentieren. Die Entscheidung auf der Ebene der Bereichsbudgets trifft die zuständige Amtsleitung und ist dem Amt für Finanzen und Zentrale Dienste anzuzeigen; eine entsprechende Buchung ist daraufhin vorzunehmen.

3.2 Planabweichungen

- (1) Sofern Planabweichungen unabwendbar sind, haben die Budgetverantwortlichen umgehend die notwendigen Entscheidungen (über- bzw. außerplanmäßiges Genehmigungsverfahren) herbeizuführen.
- (2) Die Entscheidungen sind vor der Durch- bzw. Ausführung der Maßnahme und Leistung einzuholen.
- (3) Ein Verfahren zur Bewilligung über- und außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen nach den Vorschriften des § 95 d GO ist nur dann erforderlich, wenn eine Deckung im Rahmen des Bereichsbudgets nicht möglich ist. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen sind nur zulässig, wenn sie unabweisbar sind und die Deckung (Ein Deckungsvorschlag ist zwingend anzugeben.) gewährleistet ist. Die Ursachen der Überschreitung sind durch den Budgetverantwortlichen genau darzulegen.

- (9) Überschüsse aus den Budgets der kostenrechnenden Einrichtungen sind zweckgebunden und bleiben diesen Budgets erhalten. Im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten ist das Ergebnis der kostenrechnenden Einrichtung festzustellen und dem Sonderposten für den Gebührenaussgleichs zuzuführen.
- (10) Regelungen zu Deckungsfähigkeiten bei Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden als Einzelvermerke bei der jeweiligen Maßnahme im Teilfinanzhaushalt angebracht bzw. in den Haushaltsvermerken, die Bestandteil des Haushaltsplans sind.
- (11) Im Übrigen dürfen Minderauszahlungen und Mehreinzahlungen aus Investitionstätigkeit nicht für Mehrauszahlungen und Mindereinzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit verwendet werden.

3.5 Umschichtungen

- (1) Umschichtungen sind Veränderungen (auch über das laufende Haushaltsjahr hinaus) von Zielen oder bestehender Prioritäten sowie die Verschiebung beschlossener Maßnahmen und Programme, bei denen keine negativen Auswirkungen auf den Haushalt / der Haushaltsperiode zu erwarten sind.
- (2) Derartige Veränderungen sind gekoppelt an Verminderungen an anderer Stelle innerhalb des jeweiligen Bereichsbudgets. Die zuständigen Budgetverantwortlichen tragen die Verantwortung für die Verminderung. Auf mögliche Konsequenzen und die Bedeutung der Verminderung ist einzugehen.
- (3) Über Umschichtungen sind die jeweiligen Fachausschüsse zu informieren bzw. Beschlüsse einzuholen.
- (4) Zahlungswirksame Aufwendungen eines Einzelbudgets können zugunsten von Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen des entsprechenden Einzelbudgets für einseitig deckungsfähig erklärt werden, wenn der Finanzierungssaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit mindestens so hoch ist, wie die ordentliche Tilgung (§ 22 Abs. 4 GemHVO-Doppik).

3.6 Zentrale Bewirtschaftung

- (1) Personalaufwendungen (mit Ausnahme der unter (2) aufgeführten Aufwendungen) werden auf Grundlage des aktuellen Stellenplans entsprechend der jährlich anzupassenden Personalkostenverteilung durch das Sachgebiet Zentrale Dienste berechnet und kontiert.
- (2) EB 112102 Personalservice
 - Beihilfen
 - Versorgungskostenanteile,
 - Solidarumlage
 - Personalaufwendungen Nachwuchskräfte
 EB 101103 Allgemeine Finanzwirtschaft
 - Zuführungen und Auflösung von Pensions-, Beihilfe- und Altersteilzeitrückstellung
 - Personalaufwendungen im Bereich der Altersteilzeitfreizeitphase
- (3) Ab- und Berechnung von Reisekosten werden durch das Sachgebiet Zentrale Dienste wahrgenommen. Die Belastung erfolgt in den jeweiligen Budgets.
- (4) Durch das Amt für Finanzen und Zentrale Dienste werden Versicherungsangelegenheiten einschl. der Geltendmachung von Regressansprüchen durchgeführt. Eine enge Zusammenarbeit mit den jeweiligen Budgetverantwortlichen ist sicherzustellen. Die Belastung erfolgt in den jeweiligen Budgets.

4 Budgetabschluss

4.1 Übertragung von Ermächtigungen

- (1) Übertragungen von nicht verbrauchten Haushaltsansätzen sind gem. § 23 GemHVO-Doppik grundsätzlich möglich. I.d.R. sollten diese Mittel einen Wert von 500,-- € übersteigen und für den ursprünglichen Verwendungszweck eingesetzt werden.
- (2) Die Entscheidung zur Übertragung trifft nach entsprechender Begründung (bspw. bereits erteilte Aufträge, rechtliche Verpflichtungen) der Bürgermeister – nach Prüfung des Amtes für Finanzen und Zentrale Dienste. Bei dieser Entscheidung ist dem Haushaltsausgleich Vorrang vor anderen Entscheidungen einzuräumen (§ 75 Abs. 3 GO und § 26 GemHVO-Doppik). Daher dürfen Aufwendungen grundsätzlich nur übertragen werden, wenn nach den Planungen ein entsprechender Jahresüberschuss erwartet wird bzw. die rechtliche Verpflichtung eingegangen wurde.
- (3) Ermächtigungsübertragungen im Ergebnishaushalt bestehen bis zum Ende des folgenden Haushaltsjahres. Eine weitere Übertragung ist ausgeschlossen.
- (4) Bei investiven Maßnahmen können Ermächtigungen für nachweislich begonnene Maßnahmen in Höhe des Restbetrages des noch zur Verfügung stehenden Haushaltsansatzes gebildet werden. Als nachweislich begonnen gilt eine Maßnahme, wenn bspw. eine Beauftragung erfolgte. Lediglich interne Vorbereitungen zählen nicht dazu.
- (5) Die Fachausschüsse sind über die Ermächtigungsübertragungen, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen, zu unterrichten.

4.2 Rückstellungen

- (1) Das Ziel von Rückstellungen ist die perioden- also jahresgenaue Zuordnung von Aufwendungen.
- (2) Für unterlassene Instandhaltungsmaßnahmen, die innerhalb von drei Monaten des kommenden Jahres abgeschlossen werden, kann eine Instandhaltungsrückstellung (§ 24 Satz 1 Ziffer 9) gebildet werden. Das Eingehen von Zahlungsverpflichtungen ist keine zwingende Voraussetzung für diese Rückstellungsart.
- (3) Gemäß § 24 Satz 1 Ziffer 10 GemHVO-Doppik sind Rückstellungen für Verbindlichkeiten für im Haushaltsjahr empfangene Lieferungen und Leistungen, für die keine Rechnungen vorliegen und der Rechnungsbetrag nicht bekannt ist, zu bilden.

5 Geltungsdauer

- (1) Die „Dienstanweisung der Stadtverwaltung Glinde für die budgetorientierte Haushaltsaufstellung und -ausführung nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung“ ist Bestandteil des Haushaltsplanes. Die Dienstanweisung tritt am 01.01.2019 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die „vorläufige Dienstanweisung der Stadtverwaltung Glinde für die budgetorientierte Haushaltsaufstellung und -ausführung nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung“ vom 03.02.2010 einschließlich der Änderung vom 10.05.2011 außer Kraft.

Glinde, den 28.12.2018


(Zug)

Bürgermeister

Inhaltliche Überprüfung zum 31.12.2021